

Politische Handlungsfähigkeit und ziviler Ungehorsam gegen Nazis - ein Widerspruch?

Mit einem von Peter Zimmermann verfassten »Diskussionstext zu Zivilem Ungehorsam gegen rechtsextreme Aufmärsche« will das Aktionsnetzwerk die Debatte über Hintergrund und Perspektive dieser Aktionsform vorantreiben. Ich möchte diese Anregung aufgreifen und einige Einwände und Nachfragen formulieren. Dabei wird es mir v.a. um den Politik-Begriff Zimmermanns gehen und um die Tragweite des Problems Nazi-Aufmärsche.

Was der Text zum Problem erhebt – die »Verfassungsfeindlichkeit der Rechtsextremisten« – sollte m.E. nicht Maßstab für das Aktionsnetzwerks sein. Denn es gibt neben rechtsextremen Kameradschaften, Parteien und Schlägertrupps einen institutionellen wie alltäglichen Rassismus, der von einer Strategie »ausgleichender Rechtsstaatlichkeit« im Fall nicht verbotener Nazi-Selbstdarstellungen gar nicht berührt wird. Nun muss man die Formen des Rassismus nicht gegeneinander ausspielen, nur suggeriert die Annahme einer ab und zu nach rechts ausschlagenden Demokratie eine »Normalität ohne Nazi-Aufmärsche«, die den Erfahrungen der von Rassismus Betroffenen Hohn spricht. Die Perspektive eines zivilen Ungehorsams, der die polizeiliche Einhegung rechtsextremer Aktivitäten fordert, endet denn auch im »alternativen Verfassungsschutz«, wie der Autor konsequent formuliert.

Darüber hinaus – und hier liegt mein Hauptkritikpunkt – ist es aber eine Perspektive, die politisches Handeln »von unten« in dreierlei Hinsichten in die Schranken weist: (1) die personelle Beschränkung: Politik scheint in der Vorstellung Zimmermanns v.a. das zu sein, was Politiker tun. Politisches Handeln für Nicht-Politiker bleibt besonderen Gelegenheiten vorbehalten; (2) die inhaltliche Beschränkung: das politische Handeln Jedermanns (und Jederfrau) scheint die Grundlagen des Zusammenlebens nicht zu berühren; (3) die Beschränkung des Eigeninteresses bzw. das Menschenwürde-Gebot: der Autor fordert eine Stellvertreter-Politik; nicht für die *eigenen* Interessen (»dass der Einzelne keinen Vorteil für sich selbst damit erreichen will«), sondern für Grundgesetz und Menschenrecht soll politische Bewegung mobilisiert werden.

Hingegen sollte m.E. (1) Politik weder Bürde noch Privileg sein, sondern als Möglichkeit jedes Einzelnen und aller zusammen verstanden werden, über die Bedingungen ihres Lebens größtmögliche Verfügung zu gewinnen. Das beinhaltet Formen politischen Handelns, die die Handelnden nicht – wie die »Logik, die dem zivilen Ungehorsam [...] zugrunde liegt« – »überfordert«. Das kann Politik nur, wenn sie (2) die Selbstverständlichkeiten der sozialen

Ordnung immer wieder aus ihrer Naturwüchsigkeit herausholt und der bewussten Diskussion und Kontrolle der Menschen zugänglich macht. Dabei sollte es (3) *natürlich* um die eigenen Interessen gehen. Man könnte auch sagen, der Marx im Haus erspart den Zimmermann, denn der wusste noch, dass die politische Auseinandersetzung konkrete Vorteile für die Handelnden bringen muss, weil sie sonst folgenlos bleibt: es geht um eine »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist«.

Was könnte das für das Aktionsnetzwerk oder sonstige Organisationsformen bedeuten? Es gilt, eine Verbindung zwischen dem Alltag der Menschen und den Nazi-Aktivitäten herzustellen. Das ist möglich (1) über die von Zimmermann vertretene Aktivierungsstrategie; ich nenne sie die »Menschenrechts-Argumentation«: wir alle sind für die Menschenrechte – am 13.09. treten die Nazis in Jena-Paradies die Menschenwürde mit Füßen – das muss verhindert werden. Es ist aber vielleicht auch möglich (2), die Nazis als Symptom einer »Normalität« zu problematisieren, die unsere Handlungsfähigkeit generell einschränkt. Dieses Herangehen – nennen wir es meinetwegen die »Handlungsfähigkeits-Argumentation« – ergibt in etwa die folgende Urteilkette: es gibt Sachen, die laufen scheiße in *unserem* Leben (und nicht nur in Tibet) – die Nazis werden auf keinen Fall daran etwas ändern (auch wenn sie es vielleicht versprechen) – die Gründe für den Scheiß, den wir spüren, sind die gleichen, weshalb die Nazis marschieren – wir müssen uns also entscheiden: wollen wir den Scheiß aushalten oder eben nicht. Die Nazis sind so gesehen Teil eines größeren Problems – das man auch als »soziale Frage« bezeichnen könnte.

Die Konsequenz wäre dann nicht »alternativer Verfassungsschutz«, sondern Politisierung in einem umfassenden Sinne, eine Art Selbstbefähigung zur Gestaltung der Lebensumstände. Das klingt ziemlich grundsätzlich und lässt sich nur schwer in bestimmte Aktionsformen umsetzen – sollten wir es deshalb lassen? Politisierung bedeutet Unsicherheit: die unmittelbaren Ziele gehen mitunter verloren, es müsste diskutiert werden, für wen was überhaupt ein Problem ist, alles könnte ganz furchtbar kompliziert werden und es wird ein Feld für soziale Auseinandersetzungen eröffnet, von denen niemand weiß, wie sie enden – ist das zu viel für uns? Die Logik politischen Handelns – in diesem Sinne: das fortgesetzte Streiten über die Bedingungen des Zusammenlebens – ist voller Risiko, denn letztlich ist es das Eingeständnis, dass politische Forderungen von links nicht per se besser, klüger und schöner sind als Forderungen von rechts, sondern dass sie immer wieder durchgearbeitet, hinterfragt, angeeignet werden müssen – können wir mit diesem Risiko (das sich Freiheit nennt) umgehen?

Zurück zur Frage nach der Perspektive des zivilen Ungehorsams: in der im Text skizzierten Form hat ziviler Ungehorsam eine Perspektive nur, solange das Fest der Völker nicht verboten ist und solange in Jena Nazi-Großaktionen stattfinden. Es ist darum dringend an der Zeit zu diskutieren, ob und wie wir andere Artikulationen des Rassismus problematisieren, ob und wie es möglich ist, sie mit unseren eigenen vitalen Interessen in Verbindung zu bringen, d.h. letztlich ob und wie wir von der Frage »was tun wir gegen Nazis« zur Frage kommen »wieso bringt diese Gesellschaft immer wieder Nazis hervor« und welches politische Handeln legt eine Antwort auf diese Frage nahe?